

## Stadt Heidelberg

Federführung:  
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Betreff:

**Chancengleichheit am Arbeitsmarkt**

# Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Integration und Chancengleichheit	12.07.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Haupt- und Finanzausschuss	13.07.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Gemeinderat	27.07.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

**Zusammenfassung der Information:**

*Der Ausschuss für Integration und Chancengleichheit, der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen den Inhalt der Vorlage zur Kenntnis.*

## A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
AB 1	+	Vollbeschäftigung anstreben, Standort sichern, stabile wirtschaftliche Entwicklung fördern <b>Begründung:</b> Aktivitäten der Stadt Heidelberg im Bereich Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit tragen zur Zielerreichung bei. <b>Ziel/e:</b>
AB 2	+	Langfristig breites, sozial und ökologisch sinnvolles Arbeitsplatzangebot mit verstärkten regionalen Warenströmen fördern <b>Begründung:</b> Die Zusammenarbeit mit der ARGE, mit freien Trägern, Beschäftigungsgesellschaften und der Wirtschaft trägt zur Förderung des Arbeitsplatzangebots bei. <b>Ziel/e:</b>
AB 12	+	(Wieder)eingliederung ins Erwerbsleben und neue Formen der Erwerbsarbeit unterstützen <b>Begründung:</b> Insbesondere Maßnahmen für Frauen und für Alleinerziehende, die in überwiegender Mehrzahl Frauen sind, fördern dieses Ziel <b>Ziel/e:</b>
SOZ 1	+	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern <b>Begründung:</b> Die gemeinsame Aufgabe von Stadt und Bundesagentur für Arbeit trägt durch die verstärkte Vermittlungstätigkeit dazu bei, Armut zu bekämpfen und Ausgrenzung zu verhindern.

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

## B. Begründung:

### Gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben

Obwohl auch in Heidelberg aufgrund des anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs die Arbeitslosenzahlen weiter zurückgehen, besteht weiterhin Handlungsbedarf. Denn Menschen mit multiplen Problemen haben immer noch nur geringe Chancen auf eine Arbeitsaufnahme.

Im Mai 2011 waren in Heidelberg 3.343 (Vormonat:3.366) Personen arbeitslos gemeldet. Davon erhielten 1.060 (31,7%) Arbeitslosengeld I und 2.283 (67,1%) Arbeitslosengeld II. Bei den Langzeitarbeitslosen sind die Zahlen noch eindeutiger. Im Mai 2011 waren 1.164 Personen (Vormonat: 1.183) in Heidelberg ein Jahr und länger arbeitslos gemeldet, davon 1.041 (Vormonat:1.047) im Rechtskreis SGB II und 123 (Vormonat: 136) im Rechtskreis SGB I. Fast die Hälfte der im Rechtskreis SGB II gemeldeten Arbeitslosen sind langzeitarbeitslos.

Diesen Personenkreis, soweit möglich, mit geeigneten Maßnahmen in den Arbeitsmarkt wiederenzugliedern, ist vorrangig Aufgabe des Jobcenters Stadt Heidelberg. Die Stadt Heidelberg unterstützt das Jobcenter dabei. Mit den im Vergleich zum Eingliederungstitel des Jobcenters geringen Haushaltsmitteln werden Maßnahmen für bestimmte Zielgruppen initiiert und finanziert. Diese Maßnahmen schaffen Angebote für Randgruppen, für die das Jobcenter im Eingliederungstitel keine oder nur geringe Mittel zur Verfügung hat. All dies erfolgt in enger Abstimmung mit dem Jobcenter, mit dem regelmäßig Gespräche geführt werden.

Für die Zielgruppe der SGB II-Bezieherinnen mit Migrationshintergrund wird derzeit gemeinsam mit dem Jobcenter eine Qualifizierungsmaßnahme geplant. Außerdem wird für Alleinerziehende im SGB II-Bezug, die kurz vor dem Ende der Erziehungszeit stehen und in absehbarer Zeit wieder dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen werden, in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter ein Planspiel zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie durchgeführt. Dies soll dieser Zielgruppe helfen, selbst für sich neue Ideen für die Zukunft mit Kind und Beruf zu entwickeln.

Im Rahmen der Koordinierungs- und Vernetzungsarbeit werden Kontakte zu allen Beteiligten gehalten. Ein Erfolg dieser Arbeit war, dass die Mitarbeiterin des Ausbildungsverbundes Heidelberg zukünftig bei Beratungsgesprächen des Jobcenters zum Thema Ausbildung hinzugezogen wird. Dies hat den Vorteil, dass sie die von ihr betreuten Ausbildungsplätze den Jugendlichen direkt vorstellen kann. Außerdem kann sie türkischstämmigen Familien aufgrund ihres eigenen Migrationshintergrunds das duale Ausbildungssystem und die Bedeutung einer Ausbildung in deren Muttersprache erläutern.

Ferner besteht ein Austausch mit der Agentur für Arbeit. Hier geht es insbesondere um die Zielgruppe der jungen Erwachsenen an der Schwelle zum Berufsleben und Wiedereinsteigerinnen. Themen sind u.a., welche Maßnahmen und Aktionen zur Vermeidung der auch in Heidelberg immer noch verbreiteten geschlechtsstereotypen Berufswahl erfolgreich sein könnten. Es ist eine Zusammenarbeit bei dem nächsten, jährlich stattfindenden Girls & Boys Day geplant. Auch die Frage, wie vermieden werden kann, dass Einzelne trotz eines gut organisierten Übergangssystems immer noch ungelernt bleiben, und Lösungsansätze dazu wurden erörtert und werden gemeinsam weiterverfolgt.

Der Pressemitteilung der Agentur für Arbeit Heidelberg zum Arbeitsmarkt im Mai 2011 ist zu entnehmen, dass seit Beginn des Berufsberatungsjahrs im Oktober 2010 im Bezirk der Agentur für Arbeit Heidelberg insgesamt 1.966 Berufsausbildungsstellen zur Besetzung gemeldet wurden. 848 Stellen dieser Stellen konnten bisher noch nicht besetzt werden und stehen für geeignete Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung. Im gleichen Zeitraum meldeten sich 1.683 Jugendliche, die eine Ausbildung machen möchten. Von diesen Bewerberinnen und Bewerber sind 937 unversorgt. Obwohl das Angebot der bei der Agentur für Arbeit Heidelberg gemeldeten Ausbildungsplätze größer ist als die Nachfrage danach, ist die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber größer als die noch offenen Ausbildungsstellen. Grund dafür, dass immer mehr Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, ist nicht nur die rückläufige Zahl der Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber. Oft gibt es sogenannte „geeignete Bewerberinnen und Bewerber“ nicht.

Dies war Anlass mit der Kreishandwerkerschaft und der Industrie- und Handelskammer über das Thema eines zukünftigen Fachkräftemangels und, was dieser für benachteiligte Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz bedeuten kann, zu erörtern. Ergebnis dieser Gespräche war, dass die Dachorganisationen sich zwar mit diesem Problem befassen, es aber oft noch nicht bei den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) angekommen ist. Ein weiteres Ergebnis war, dass es wünschenswert wäre, wenn mehr Haupt-, Werkreal- und RealschülerInnen nach Schulabschluss eine duale Ausbildung beginnen würden. Diese Kenntnisse flossen und fließen im Rahmen der Koordinierungs- und Vernetzungsarbeit in die Gespräche mit anderen Akteuren ein.

So legt der Heidelberger Arbeitskreis des Europäischen Sozialfonds in seiner Strategie für das Förderjahr 2012 einen seiner Schwerpunkte auf Projekte, die Jugendliche dazu motivieren, unmittelbar nach Abschluss der jeweiligen Schulart eine Berufsausbildung zu beginnen.

Zukünftig wird jeder Träger, der einen Zuschuss des Amtes für Chancengleichheit erhält, seine Arbeit im Ausschuss vorstellen. Auch dem Forum für Chancengleichheit soll angeboten werden, seine Arbeit in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vorzustellen.

### **Europäischer Sozialfonds**

Über die Arbeit des Arbeitskreises wird zukünftig dem Ausschuss für Integration und Chancengleichheit in einer der ersten Sitzungen berichtet werden.

### **Programm Aktive Beschäftigungspolitik**

Wie bereits berichtet, liegt der Schwerpunkt in diesem Jahr darauf, gemeinsam mit den Fachämtern öffentliche Ausschreibungen durchzuführen. Es soll versucht werden, mindestens drei Aufträge im Rahmen des Programms Aktive Beschäftigungspolitik auszuschreiben. Zunächst wird dies in Zusammenarbeit mit den Ämtern des Dezernats IV angegangen. Sollten sich hier nicht genügend Vergabemöglichkeiten ergeben, werden die in Frage kommenden Ämter der anderen Dezernate mit einbezogen. Das Amt für Chancengleichheit wird die Koordination zwischen den Fachämtern und dem Jobcenter übernehmen.

gezeichnet

Wolfgang Erichson